

# UN-Klimagipfel in Katar

## Greenpeace-Position zur COP18

Die 18. UN-Klimakonferenz in Doha/ Katar steht vor einer besonderen Herausforderung: Die erste Phase des Kyoto-Protokolls läuft Ende 2012 aus. Das Zeitfenster, um die Erderwärmung bis 2100 auf unter 2 Grad Celsius zu halten, schließt sich dieses Jahrzehnt. Nur ein Ruck in der gemeinsamen Klimapolitik aller Länder kann die katastrophalen Folgen des Klimawandels aufhalten. Letzteres unterstreichen auch die jüngsten Berichte der Weltbank und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Bis spätestens 2015 müssen der Anstieg der Treibhausgasemissionen unterbrochen und bis 2050 die globalen Emissionen um 80 Prozent reduziert werden.

Der Klimagipfel kann den wichtigen Wendepunkt in der Internationalen Klimapolitik setzen. Mit der Wiederwahl des amerikanischen Präsidenten Barack Obama und der neuen Parteispitze in China Xi Jinping hat die internationale Klimapolitik eine neue Chance bekommen – sofern auch Deutschland und die EU dem Klimaschutz höchste Priorität geben.

Greenpeace fordert alle Länder auf,

- sich bereits jetzt, d.h. deutlich vor 2020, mit vollem Einsatz für die Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen einzusetzen,
- das Kyoto-Protokoll um fünf Jahre zu verlängern und bestehende Schlupflöcher zu schließen,
- die Finanzierung von Klimaschutz in Entwicklungsländern in den nächsten drei Jahren mindestens zu verdoppeln.

Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über die Herausforderungen und Themen der diesjährigen Klimakonferenz in Doha und die Position, die Greenpeace dazu einnimmt.

### 1. Handlungslücke zwischen Notwendigem und Realpolitik

Bereits in diesem Jahrzehnt müssen die Treibhausgasemissionen in allen Ländern deutlich reduziert werden. Das Ziel, die Erderwärmung in diesem Jahrhundert auf unter 2 Grad Celsius zu stabilisieren, kann sonst nicht erreicht werden.

Greenpeace fordert:

- Alle Industriestaaten müssen eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls unterzeichnen, sodass es vom 1. Januar 2013 bis Ende 2017 in Kraft treten kann. Eine achtjährige Periode bis 2020 wäre zu lange, stattdessen müssen die Ziele im Licht neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse vor 2020 angepasst werden können.
- Die ungenutzten Emissionszertifikate aus der ersten Verpflichtungsperiode dürfen nicht in die zweite Periode übertragen werden. Damit wird ein zusätzlicher CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der Größenordnung von bis zu 13 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> verhindert, der Kyoto 2 massiv schwächen würde. Ein Handel mit diesen ungenutzten Verschmutzungsrechten muss verboten werden.
- Die EU muss ihr Klimaschutzziel auf minus 30 Prozent heimische Reduktion (d.h. ohne Auslandsgutschriften) verschärfen. (Die EU hat bereits im vergangenen Jahr ihr für 2020 angepeiltes Klimaziel von 20 Prozent weniger Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 erreicht.) Alle anderen Kyoto-Länder inklusive der USA müssen ihre Minderungsziele für 2020 deutlich verschärfen und an die Vorgaben des Weltklimarats anpassen.
- Alle Nicht-Kyoto-Staaten müssen ihre Selbstverpflichtungen nun international festschreiben.

- Nationale Ziele zum Stopp der Entwaldung und der Degradierung von Wäldern müssen verschärft und auf Basis von einheitlichen Berechnungsgrundlagen auf jeweils nationaler Ebene gemessen und bewertet werden. Die Entwaldung in den letzten tropischen Urwäldern muss gestoppt werden.
- Bis 2015 müssen alle Subventionen für fossile Energieträger wie Öl, Kohle und Gas auslaufen und ein verbindlicher Fahrplan dazu beschlossen werden.

## **2. Die notwendige Transformation des Energiesystems in Schwellen- und Entwicklungsländer fördern**

Ohne finanzielle und technische Unterstützung wird die notwendige Transformation der Energieversorgung in Schwellen- und Entwicklungsländern nicht schnell genug oder im schlimmsten Falle gar nicht erfolgen. Auf dem Kopenhagener Klimagipfel wurden 2009 etwa 30 Mrd. US-Dollar Klimafinanzierung für den Zeitraum 2010-2012 als „Schnellstart-Finanzierung“ zugesagt. Zudem wurde ein Aufwuchs der gesamten Klimafinanzierung auf 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr bis 2020 von den Industriestaaten zugesagt.

### Greenpeace fordert:

- Die reichen Länder müssen ihre Klimafinanzierung für die Jahre 2013-15 auf 60 Mrd. US-Dollar verdoppeln und einen Plan zur Erreichung des 100-Milliarden-Ziels 2020 mit konkreten Zwischenzielen verabschieden. Zudem müssen die Angemessenheit der bisher zugesagten Mittel regelmäßig überprüft und die Zusagen gegebenenfalls erhöht werden.
- Die Einnahme-Quellen für die zugesagten 100 Milliarden im Jahre 2020 müssen jetzt festgelegt werden. Dazu gehören insbesondere innovative Finanzierungsinstrumente wie Abgaben auf den Schiffs- und Luftverkehr und andere Kohlenstoff-Steuern sowie Erlöse aus der Versteigerung von Emissionsrechten und einer Steuer auf Finanztransaktionen. Zentral ist zudem die Umwidmung fossiler Subventionen.
- Der Großteil dieser Gelder muss dem neuen ‚Grünen Klimafonds‘ für Minderung, Anpassung und Waldschutz bereitgestellt werden. Innerhalb des Fonds sollte es für alle drei Bereiche ein eigenes Finanzierungsfenster geben. Die Industriestaaten müssen bereits in Doha bedeutende Zusagen für diesen Klimafonds machen.

## **3. Globales Klimaschutz-Protokoll 2015**

Auf der letzten UN-Klimakonferenz in Durban haben alle Länder beschlossen, bis 2015 ein globales, rechtlich verbindliches Klimaschutz-Protokoll auszuhandeln, das alle Länder verpflichtet, ihre Treibhausgase ab 2020 deutlich zu reduzieren. Dies betrifft auch Schwellenländer wie China und Indien sowie Industriestaaten wie die USA, die das Kyoto-Protokoll nie ratifiziert haben. Auf der COP18 geht es um die Ausgestaltung der Verhandlungen bis dahin.

### Greenpeace fordert:

- In Doha muss ein verbindlicher Fahrplan mit Meilensteinen erstellt werden, der die Zeit bis zum rechtlich verbindlichen Klimaschutzabkommen 2015 strukturiert und die Verhandlungen zum Erfolg führen kann.
- Das neue Abkommen muss, was die Begrenzung der Treibhausgase anbelangt, auf den wissenschaftlichen Empfehlungen des Weltklimarats beruhen. Da das neue Abkommen erst 2020 in Kraft tritt, müssen die Staaten bereits jetzt Ziele und Pläne für ehrgeizige Klimaschutzanstrengungen für die Zeit 2013 -2020 vorlegen, die jederzeit an den Stand der Wissenschaft angepasst werden müssen.
- Die in den bisherigen Verhandlungen erarbeiteten Schlüsselinstitutionen, wie der Grüne Klimafonds, das Anpassungs-Komitee sowie der Technologie-Mechanismus müssen schnellstmöglich in Kraft gesetzt und mit ausreichenden Mittel ausgestattet werden.

#### 4. Neue Amtszeit für Obama, neue Regierung in China

Mit der zweiten Amtszeit von US-Präsident Barack Obama und der neuen Führung in China, Xi Jinping, gibt es die Chance, dass Bewegung in die UN-Klimapolitik kommt. Mit den wiederkehrenden Stürmen, Trockenheiten und Überschwemmungen haben beide Länder die katastrophalen Folgen der globalen Erwärmung längst schmerzhaft erfahren müssen. Wissenschaftler warnen davor, dass konsequenter Klimaschutz, der erst für die Zeit nach 2020 in Kraft tritt, zu spät komme. Deshalb müssen die großen Verschmutzerländer neue Ölfelder wie in der Arktis und neue Kohleminen aufgeben und Investitionen sowie staatliche Förderprogramme in den Aufbau erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz lenken. Wenn es der Europäischen Union durch eine Verschärfung des eigenen Klimareduktionsziels und einer soliden Klimafinanzierung gelingt, wieder eine Führungsrolle einzunehmen, könnte die EU die USA und China bei den Verhandlungen zu Kompromissen bewegen.

Greenpeace fordert:

- Es muss gemeinsame Standards für die Kontrolle, die Berichterstattung und die Verifizierung nationaler Emissionen geben, um Vergleichbarkeit der Klimaschutzanstrengungen zu ermöglichen.
- Es muss gemeinsame Mindeststandards für die verschiedenen nationalen Emissionshandelssysteme geben, um hohe Umweltintegrität sicher zu stellen und die Systeme kompatibel zu machen.
- Falsche Lösungen wie Atomenergie und die Verpressung von CO<sub>2</sub> (CCS) dürfen nicht finanziert werden.
- Im Rahmen der beschlossenen, und bereits im Januar 2013 startenden wissenschaftlich basierten Revision der Zwei-Grad-Grenze (vor dem Hintergrund, dass bereits 1,5 Grad Erwärmung zu verheerenden Folgen führen kann) müssen sich Industriestaaten wie die USA und große Schwellenländer wie China bereits jetzt zu einer deutlichen Erhöhung ihrer Emissionsminderungsziele bereiterklären.

#### 5. Deutschland muss die EU zu mehr Klimaschutz bewegen

Deutschland will bis 2020 vierzig Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen ausstoßen als 1990. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es versäumt, die dafür notwendige Anpassung der europäischen Klimaschutzziele (mindestens 30 statt bisher 20 % Emissionsreduktion bis 2020) massiv einzufordern und lediglich auf die Blockadehaltung Polens verwiesen. Die Kanzlerin hat den Klimaschutz in den letzten Jahren nur verwaltet, aber nicht gestaltet. Der bevorstehende Klimagipfel in Katar muss eine Wende der europäischen Klimapolitik markieren. Die EU kann als neue Verpflichtung unter Kyoto II nicht ein Reduktionsziel für 2020 von 20% anbieten, das sie bereits 2011 erreicht hat. Mit der Unterzeichnung der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls besteht zudem die Gefahr massiver Schlupflöcher. Grund sind große Mengen ungenutzter Emissionszertifikate aus der ersten Verpflichtungsperiode. Dieses Problem ist seit 2008 ungelöst. Die Verschmutzungsrechte decken 13 Gigatonnen klimaschädliches CO<sub>2</sub> ab und sind innerhalb der EU höchst umstritten. Auch hier drängen Polen und andere osteuropäische Länder auf eine unbegrenzte Nutzung bisher nicht genutzter, alter Emissionsrechte.

Wenn die EU ihr Klimaziel nicht auf mindestens 30% erhöht und den krisengeschüttelten Emissionshandel stärkt, kann auch Deutschland sein nationales Klimaziel kaum erreichen. Denn dann müssten die nicht vom Emissionshandel erfassten Sektoren Verkehr, Haushalte, Landwirtschaft und Dienstleistungen überproportional starke CO<sub>2</sub>-Reduktionen erbringen, was wünschenswert, aber politisch kaum durchsetzbar wäre.

In Katar muss die EU außerdem Zusagen zu einer verstärkten finanziellen Unterstützung der Entwicklungs- und Schwellenländer machen. Finanzielle Hilfe ist der Schlüssel für ihre Transformation der Energieversorgung weg von Kohle und Öl und zunehmender Entwaldung hin zu erneuerbaren Energien und Bewahrung der Wälder als Kohlenstoffspeicher und Zentren der Artenvielfalt. Mitte November haben die EU-Finanzminister eine Erhöhung der Klimafinanzierung abgelehnt. Die stagnierende EU-Klimapolitik gefährdet nicht nur das deutsche 40-Prozent-

Minderungsziel, sondern auch die Finanzierung der Energiewende und des Internationalen Klimaschutzes, da den Staaten Milliarden aus der Versteigerung von Emissionsrechten entgehen.

Greenpeace fordert:

- Deutschland muss seine EU-Partnerstaaten in Doha zu einer politischen Erklärung drängen, dass die EU ihr Klimaziel von minus 20 auf minus 30 Prozent Reduktion erhöhen wird.
- Die EU muss ferner erklären, dass sie überschüssige Emissionszertifikate aus der ersten Verpflichtungsperiode nicht mehr nutzen wird und diese nach 2012 auch nicht mehr gehandelt werden.
- Die EU-Klimafinanzierung der nächsten drei Jahre muss im Vergleich zu 2009 bis 2012 verdoppelt werden.

**Weiterführende Links:**

Gemeinsame Studien mit WWF zum Verfall des Europäischen Emissionshandels:

- [Strengthening the European Union emissions trading scheme and raising climate ambition](#), 11.6.2012
- [The cost of inaction](#), 6.11.2012

**Ansprechpartner bei Greenpeace:**

Für Rückfragen, Einschätzungen und Hintergründe stehen Ihnen folgende Greenpeace-Experten zur Verfügung:

In Katar:

- **Martin Kaiser**, Leiter Internationale Klimapolitik, [martin.kaiser@greenpeace.de](mailto:martin.kaiser@greenpeace.de), Tel.: (+974) 6650-7164. Martin Kaiser twittert und bloggt regelmäßig über die Ereignisse und ordnet sie ein. Twitter-Kanal: [twitter.com/martinkaisergp](https://twitter.com/martinkaisergp), Blog: [blog.greenpeace.de/blog/author/mkaiser](http://blog.greenpeace.de/blog/author/mkaiser)
- **Tina Löffelbein**, Presseansprechpartner vor Ort, [tina.leoffelbein@greenpeace.de](mailto:tina.leoffelbein@greenpeace.de), Tel. (+974) 6618-6317

Im deutschen Greenpeace-Büro:

- **In Berlin: Stefan Krug**, Leiter der Politischen Vertretung, [stefan.krug@greenpeace.de](mailto:stefan.krug@greenpeace.de), Tel. 0171- 8780 836 oder 030-308899-20.
- **In Hamburg: Karsten Smid**, Klimaexperte, [karsten.smid@greenpeace.de](mailto:karsten.smid@greenpeace.de), Tel. 0171-8780821.